

Protokoll

Gremium: Kreistag

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 20.12.2023
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Frau Claudia Beeken
Frau Lina Bischoff
Herr Thorsten Bohmann
Herr Hartmut Bollen
Herr Hartmut Bruns
Frau Maria Bruns
Herr Jörg Brunßen
Herr Hergen Erhardt
Herr Alexander Essen von
Frau Katharina Fischer-Sordon
Herr Dr. Hans Fittje
Herr Heinrich Gerstenkorn
Herr Axel Hohnholz ab 17:24 Uhr
Herr Jannes Hoormann
Herr Heino Hots
Herr Torsten Huber
Herr Jan Hullmann
Herr Bernd Janßen
Herr Rüdiger Kramer
Herr Torsten Kuck
Frau Susanne Lamers
Frau Beate Logemann
Herr Frank Lukoschus
Herr Björn Meyer
Frau Susanne Miks
Herr Jens-Gert Müller-Saathoff
Herr Holger Mundt
Herr Jens Nacke
Herr Hermann Nee
Herr Frank Oeltjen
Herr Hartmut Orth
Herr Jochen Osmer
Herr Stefan Pfeiffer
Frau Birgit Rowold
Frau Monika Sager-Gertje
Herr Frerk Schmidt
Herr Lars Schmidt-Berg bis 18:00 Uhr
Frau Kirsten Schnörwangen

Herr Horst Segebade
Frau Irmgard Stolle
Frau Ute Treber
Herr Klaus Warnken
Herr Dr. Peter Wengelowski
Frau Kira Wiechert

von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms
Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann
Herr Kreisrat Ingo Rabe
Herr Kreisrat Dr. Thomas Jürgens
Herr Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Ralf Denker

Protokollführerin

Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Dirk Bakenhus
Herr Knut Bekaam
Frau Evelyn Fisbeck
Frau Merle Heßler
Herr Georg Köster
Herr Stefan Töpfel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 11.10.2023
- 5 Verwaltungsbericht
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Änderung der Besetzung von Fachausschüssen
Vorlage: BV/204/2023
- 8 Jugendhilfeausschuss, Benennung eines neuen beratenden Mitgliedes
Vorlage: BV/200/2023
- 9 Besetzung des Kreissenorenbeirates im Landkreis Ammerland; Abberufung und Berufung von stellvertretenden Mitgliedern
Vorlage: BV/206/2023

Kreisausschuss 06.12.2023

- 10 Netzausbau; Beitritt des Landkreises Ammerland zum Verein „Bündnis Hamelner Erklärung e. V.“
Vorlage: BV/195/2023

(Aufsichtsrat KVHS 05.10.2023)

- 11 Wirtschaftsplan 2024 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH einschl. Stellenplan als Unternehmensplan mit Investitions-/Finanzierungsplanung
Vorlage: BV/122/2023

(Sozialausschuss 08.11.2023)

- 12 Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen 2024
Vorlage: BV/134/2023
- 13 Fachstelle Sucht des Diakonischen Werks im Landkreis Ammerland, Bad Zwischenahn, Jahreszuschuss für 2024
Vorlage: BV/151/2023

- 14 Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Rose 12, Bad Zwischenahn Träger: STEP gGmbH, Hannover Jahreszuschuss 2024
Vorlage: BV/152/2023
- 15 Aufwendungen für Bürgergeld und Kosten der Unterkunft; überplanmäßige Aufwendungen in 2023
Vorlage: BV/147/2023
- 16 Überplanmäßige Mittelbereitstellung im Amt für besondere soziale Leistungen – Wohngeldstelle
Vorlage: BV/153/2023

(Wirtschaftsausschuss 09.11.2023)

- 17 Beteiligung des Landkreises Ammerland an der Tourismus Agentur Nordsee GmbH (TANO); Erhöhung der Einzahlung in die Kapitalrücklage
Vorlage: BV/135/2023

(Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt 15.11.2023)

- 18 Klimaschutzmaßnahmen im Jahr 2024
Vorlage: BV/158/2023
- 19 Zukunftsregion4Klima - Einrichtung eines gemeinsamen Zukunftsfonds
Vorlage: BV/159/2023
- 20 Ausweisung und Überprüfung von Schutzgebieten
Vorlage: BV/162/2023
- 21 Klimafolgenanpassung in der Wasserwirtschaft – Erstellung eines Grundwasserströmungsmodells
Vorlage: BV/176/2023

(Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen 16.11.2023)

- 22 Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung"
Vorlage: BV/146/2023

(Schulausschuss 16.11.2023)

- 23 Richtlinie "Lernräume der Zukunft" für Medienzentren; Antrag auf Mehrauszahlungen für Investitionen
Vorlage: BV/173/2023

(Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb 22.11.2023)

- 24** Einführung eines Ident-Systems zur Kennzeichnung von Müllgroßbehältern (Behälter-ID)
Vorlage: BV/136/2023
- 25** Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2022 sowie Entlastung der Betriebsleitung und Verwendung des Jahresgewinns gem. § 33 EigBe-trVO i.V.m. § 3 Abs. 3 Nr. 4 der Betriebssatzung
Vorlage: BV/180/2023
- 26** Wirtschaftsplan 2024 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/137/2023
- 27** Wirtschaftsplan 2024 des Betriebs gewerblicher Art (BgA) Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/138/2023
- 28** Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/154/2023

(Haushalts- und Personalausschuss 23.11.2023)

- 29** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2022; Erhöhung der Haushaltsmittel für Klimaschutzmaßnahmen
Vorlage: BV/120/2023
- 30** Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden bei der Finanzierung der Betriebskosten für die Kindertagesstätten
Vorlage: BV/175/2023
- 31** Einführung eines Arbeitgeberzuschusses zum Jobticket für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Ammerland
Vorlage: BV/186/2023
- 32** Anpassung der personalrechtlichen Befugnisse
Vorlage: BV/172/2023
- 33** Satzung über die Entschädigung von Ehrenbeamtinnen und -beamten und sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen
Vorlage: BV/190/2023
- 34** Haushaltsplan 2024 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024 einschl. Stellenplan b) Finanzplanung 2025 bis 2027
Vorlage: BV/188/2023

(Betriebsausschuss Eigenbetrieb Immobilienbetreuung 06.12.2023)

- 35** Aufnahme und Umschuldung von Krediten im Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/196/2023
- 36** Wirtschaftsplan 2024 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung
Vorlage: BV/197/2023
- 37** Mitteilungen der Landrätin
- 38** Anfragen und Hinweise
- 39** Einwohnerfragestunde
- 40** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Bohmann eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Die Mitglieder des Kreistages erheben sich von den Plätzen und gedenken den verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Harald Baumann, Peter Mittwollen und Hermann Tammen.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Bohmann stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 11.10.2023

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Verwaltungsbericht

Landrätin Harms erstattet den Verwaltungsbericht, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zu TOP 6 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 7 Änderung der Besetzung von Fachausschüssen Vorlage: BV/204/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Besetzungen des Sozialausschusses und des Haushalts- und Personalausschusses werden festgestellt.

**Zu TOP 8 Jugendhilfeausschuss, Benennung eines neuen beratenden Mitgliedes
Vorlage: BV/200/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Herr Dietmar Biniasz wird als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Landkreises Ammerland abberufen.

Herr Stephan Schulte wird als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Ammerland berufen.

**Zu TOP 9 Besetzung des Kreissenorenbeirates im Landkreis Ammerland; Abberufung und Berufung von stellvertretenden Mitgliedern
Vorlage: BV/206/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Herr Dr. Wolfgang Krapp wird als stellvertretendes Mitglied des Kreissenorenbeirates des Landkreises Ammerland abberufen.

Herr Rolf-Peter Ropers und Herr Hermann Rust werden als stellvertretende Mitglieder in den Kreissenorenbeirat des Landkreises Ammerland berufen.

Kreisausschuss 06.12.2023

**Zu TOP 10 Netzausbau; Beitritt des Landkreises Ammerland zum Verein „Bündnis Hamelner Erklärung e. V.“
Vorlage: BV/195/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

1. Der Landkreis Ammerland tritt dem Verein „Bündnis Hamelner Erklärung e.V.“ bei.
2. Zur Vertretung des Landkreises Ammerland in der Mitgliederversammlung des Vereins wird Herr Kreisrat Dr. Thomas Jürgens gewählt.

(Aufsichtsrat KVHS 05.10.2023)

**Zu TOP 11 Wirtschaftsplan 2024 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH einschließl. Stellenplan als Unternehmensplan mit Investitions-/Finanzierungsplanung
Vorlage: BV/122/2023**

Der Wirtschaftsplan 2024 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH einschließlich Stellenplan als Unternehmensplan mit Investitions-/Finanzplanung als Unternehmensplanung wird einstimmig beschlossen.

(Sozialausschuss 08.11.2023)

**Zu TOP 12 Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen 2024
Vorlage: BV/134/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Arbeitsgemeinschaft der Ammerländer Erwerbslosenberatungsstellen wird für das Haushaltsjahr 2024 ein kommunaler Zuschuss in Höhe von 278.015,00 € gewährt. Es ist eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung abzuschließen. Haushaltsmittel sind im Produktbereich 31.2 eingeplant.

**Zu TOP 13 Fachstelle Sucht des Diakonischen Werks im Landkreis Ammerland, Bad Zwischenahn, Jahreszuschuss für 2024
Vorlage: BV/151/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Diakonischen Werk Oldenburg wird für den Betrieb der Fachstelle Sucht in Bad Zwischenahn im Haushaltsjahr 2024 ein Zuschuss in Höhe von 132.260 € gewährt.

Haushaltsmittel sind in entsprechender Höhe im Haushaltsplanentwurf 2024 berücksichtigt.

**Zu TOP 14 Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Rose 12, Bad Zwischenahn
Träger: STEP gGmbH, Hannover Jahreszuschuss 2024
Vorlage: BV/152/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Der STEP gGmbH Hannover wird für den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – Rose 12 – in Bad Zwischenahn im Haushaltsjahr 2024 ein Zuschuss in Höhe von 110.500 € gewährt.

Haushaltsmittel sind in entsprechender Höhe im Haushaltsplanentwurf 2024 eingeplant.

**Zu TOP 15 Aufwendungen für Bürgergeld und Kosten der Unterkunft; überplanmäßige Aufwendungen in 2023
Vorlage: BV/147/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Für den Teilhaushalt Jobcenter werden für den Leistungsbereich Bürgergeld zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3,2 Mio. Euro und für den Leistungsbereich Kosten der Unterkunft zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300 Tsd. Euro als überplanmäßige Aufwendungen des Jahres 2023 zur Verfügung gestellt.

Die Deckung des zusätzlichen Finanzmittelbedarfs für das Bürgergeld erfolgt zu 100% über den Bundeshaushalt. Die Deckung des zusätzlichen Finanzmittelbedarfs für die Kosten der Unterkunft erfolgt zu 61,6% als Bundesbeteiligung über den Haushalt des Landes Niedersachsen und zu 38,4% über den allgemeinen Haushalt des Landkreises.

Zu TOP 16 Überplanmäßige Mittelbereitstellung im Amt für besondere soziale Leistungen – Wohngeldstelle
Vorlage: BV/153/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

Der festgestellte Mehrbedarf von 2.300.000 Euro im Budget Wohngeld wird überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt in voller Höhe durch die Erstattungen des Landes Niedersachsen.

(Wirtschaftsausschuss 09.11.2023)

Zu TOP 17 Beteiligung des Landkreises Ammerland an der Tourismus Agentur Nordsee GmbH (TANO); Erhöhung der Einzahlung in die Kapitalrücklage
Vorlage: BV/135/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

Die von der Treuhand Oldenburg entworfene und als Anlage beigefügte Gesellschaftervereinbarung wird beschlossen und die Verwaltung ermächtigt, diese gegenüber den Gesellschaftern der Tourismus-Agentur Nordsee GmbH auszufertigen. Das bisherige Zuschussmodell zur Finanzierung mittels „institutioneller Förderungen“ wird für die Zukunft nicht mehr verwandt und für das laufende Jahr 2023 rückabgewickelt.

Die Zuwendung an die Tourismus-Agentur Nordsee GmbH für das Jahr 2024 wird um 50 Prozent von 66.858 Euro auf 100.287 Euro erhöht.

(Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt 15.11.2023)

Zu TOP 18 Klimaschutzmaßnahmen im Jahr 2024
Vorlage: BV/158/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

Auf Vorschlag der Arbeitsgruppe Klimaschutz wird unter dem Vorbehalt entsprechender Förderzusagen die Umsetzung folgender Klimaschutzmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2024 beschlossen:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Austausch der Beleuchtung im Trakt 1 der BBS (Eigenanteil) | 155.000 € |
| 2. Überarbeitung der Fenster im Kreishaus | 30.000 € |
| 3. Moorschutzmaßnahme NSG Moorkamp (Eigenanteil) | 120.000 € |
| 4. Moorschutzmaßnahme Großes Engelsmeer (Nachbewilligung) | 15.000 € |

5. Zusätzliche Wärmedämmung im Trakt 6 der BBS (Mehrleistung) 30.000 €

Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Haushaltsplan 2024 veranschlagt.

**Zu TOP 19 Zukunftsregion4Klima - Einrichtung eines gemeinsamen Zukunftsfonds
Vorlage: BV/159/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Landkreis Ammerland richtet gemeinsam mit den Landkreisen Cloppenburg, Oldenburg und Vechta einen gemeinsamen Zukunftsfonds zur Kofinanzierung von Projekten der Zukunftsregion4Klima ein. Jeder Landkreis zahlt hierzu in den Jahren 2024 bis 2027 jeweils einen Betrag in Höhe von 217.022,53 € auf ein Verwahrgeldkonto ein, das vom LEAD-Partner (Landkreis Ammerland) verwaltet wird.

**Zu TOP 20 Ausweisung und Überprüfung von Schutzgebieten
Vorlage: BV/162/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Anträge auf Erweiterung des NSG Vehnemoor sowie des NSG Ipwegermoor werden zurückgestellt. Im nächsten Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt im April 2024 soll beraten werden, in welcher zeitlichen Abfolge die Prüfung und Ausweisung neuer Schutzgebiete bzw. Überprüfung und Überarbeitung alter Schutzgebiete weitergehen soll.

**Zu TOP 21 Klimafolgenanpassung in der Wasserwirtschaft – Erstellung eines Grundwasserströmungsmodells
Vorlage: BV/176/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Zur Einschätzung des Grundwasserdargebotes und Unterstützung bei der Antragsbearbeitung weiterer Wasserrechte wird für den Landkreis Ammerland vorbehaltlich der Förderung ein interaktives Grundwassermodell entwickelt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 185.000 Euro sowie eine Förderung in Höhe von 166.500 Euro werden in den Haushaltsplan 2024 eingestellt.

(Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen 16.11.2023)

**Zu TOP 22 Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung"
Vorlage: BV/146/2023**

KA Orth merkt an, dass es durch die Beschlussfassung eventuell noch zu mehreren Sitzungen von Fachausschüssen kommen werde und es dadurch zu einer zeitlichen Verschiebung des Vorhabens komme. Das Thema sei hochemotional beurteilt wor-

den. Er geht auf die zur Wahl stehenden Standorte in Edeweicht oder Rostrup für die Errichtung der Förderschule ein. Der Kreistag werde den Neubau einer Förderschule und die Übernahme der Trägerschaft durch den Landkreis Ammerland sicherlich auf den Weg bringen. Für die Auswahl des Standortes seien unabhängige Gutachter für die schulfachliche und baufachliche Begutachtung beauftragt worden. Beide Gutachter seien zu dem Ergebnis gekommen, dass der Standort Rostrup sowohl aus schulfachlicher als auch aus baufachlicher Sicht mehr Vorteile bringe und für die Errichtung einer Förderschule geeigneter gehalten werde. In der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen seien die Stellungnahmen der Gutachter in Teilen angezweifelt worden und verschiedene Fragen seien offen geblieben. Die Schulleiterin der Astrid-Lindgren-Schule Frau Behrens und der Schulleiter der BBS Herr Dr. Westerhoff hätten in der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen ebenfalls Stellung genommen und hätten für Fragen zur Verfügung gestanden. Frau Behrens habe in ihrer Stellungnahme zum Wohle der Kinder der ALS eindringlich für den Standort Rostrup und der damit verbundenen Nähe zur BBS geworben. Sie sehe einen Vorteil insbesondere in der zentralen Lage des Standortes Rostrup. Des Weiteren sehe Frau Behrens im Bereich der Kooperationsmöglichkeiten keine Probleme. Herr Dr. Westerhoff habe Kooperationsmöglichkeiten nachvollziehbar dargelegt. Die schulfachlichen Darlegungen von Frau Behrens würden keinen Zweifel lassen, dem Standort Rostrup für den Neubau einer Förderschule zuzustimmen. Frau Behrens habe als die schulfachkompetenteste Person deutlich gemacht, dass der Standort Rostrup favorisiert werde.

KA Orth wirbt für den Standort Rostrup und appelliert im Namen der UWG-Fraktion an die Mitglieder des Kreistages, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, damit im nächsten Schulausschuss der Standort für den Neubau der Förderschule beschlossen werden könne, um eine damit verbundene Zeitverzögerung für die Umsetzung der Maßnahme zu vermeiden.

KA Stolle führt aus, dass die SPD-Fraktion davon ausgegangen sei, dass es zu dem Tagesordnungspunkt keine fachliche Diskussion mehr geben werde. Man habe sich ausdrücklich für eine zusätzliche Sitzung des Schulausschusses entschieden, damit alle Bedenken und Fragen bis dahin beantwortet und alle schulfachlichen Dinge erörtert werden können. Diese Chance zur Erörterung solle man sich nicht nehmen lassen. Der Beschlussvorschlag sei akzeptabel und sie bittet darum, diesem zuzustimmen.

KA Lukoschus ist der Meinung, dass die Beschlussvorlage zur Errichtung einer Förderschule G vorsehe, dass weitere Termine anvisiert werden können, aber nicht zwingend eingeplant werden müssen. Im nächsten Schulausschuss könne festgelegt werden, ob weitere Sitzungen nötig seien. Er geht auf die Schulfachlichkeit ein und erinnert daran, dass vor ca. 20 bis 30 Jahren ein Schulvorstand eingerichtet worden sei, der bei allen Entscheidungen befragt und angehört werden müsse. In der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen habe sich ein Elternvertreter zu Wort gemeldet, der aber offensichtlich nicht im Namen der Eltern gesprochen habe. Im Schulausschuss könnten alle offenen Fragen und Bedenken diskutiert und beraten werden, um zu einer Lösung zu kommen. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Miks stimmt dem Wortbeitrag von KA Orth zu, der die Problematik auf den Punkt gebracht habe. Das Thema sei hoch emotional und deshalb habe man die Überlegungen und Beratungen noch nicht abgeschlossen. Sie weist darauf hin, dass die Stellungnahmen der Gutachter und die der Schulleitungen der ALS und der BBS nicht angezweifelt würden. Dennoch seien Fragen offen und es bestehe noch Diskussionsbedarf, der in den Schulausschuss gehöre. Letztendlich gehe es darum, die beste Lösung zu finden, nicht nur für einen Standort, sondern auch für die Kinder, die die Schule besuchen werden. Die Fraktion B90/Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag uneingeschränkt zustimmen.

KA Brunßen merkt an, dass weitere Sitzungen des Schulausschusses nur dann nötig werden, wenn nicht alle Unklarheiten ausgeräumt werden konnten. Wenn weiterer Gesprächsbedarf vorliege, werde es weitere Sitzungen des Schulausschusses geben. Der Beschlussvorschlag lasse dies zu und ein Beschluss könne erst gefasst werden, wenn alle Fragestellungen beantwortet und abgearbeitet worden seien.

Es wird einstimmig beschlossen:

1. Die Planungskosten in Höhe von 500.000 € für den Neubau der Förderschule Astrid-Lindgren-Schule (ALS) werden in den Haushalt 2024 eingestellt.
2. Zunächst berät der Schulausschuss des Landkreises Ammerland ausführlich aus schulfachlicher Sicht über den zukünftigen Standort der Förderschule ALS.
3. Der Schulausschuss berät öffentlich in mehreren Sitzungen oder kann eine Fachgruppe einsetzen zur Erarbeitung einer Empfehlung.
4. Nach einer Beschlussfassung im Schulausschuss trifft sich erneut der Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen und entscheidet über die bauliche Umsetzung.

(Schulausschuss 16.11.2023)

**Zu TOP 23 Richtlinie "Lernräume der Zukunft" für Medienzentren; Antrag auf Mehr-
auszahlungen für Investitionen
Vorlage: BV/173/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Für die Investitionen in die technische Infrastruktur des Medienzentrums über die Förderrichtlinie „Lernräume der Zukunft“ werden im Haushalt 2023 insgesamt 132.200 € als überplanmäßige Auszahlung bereitgestellt. Die Deckung erfolgt über die Zuwendung des Landes in gleicher Höhe.

(Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb 22.11.2023)

**Zu TOP 24 Einführung eines Ident-Systems zur Kennzeichnung von Müllgroßbehältern (Behälter-ID)
Vorlage: BV/136/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Einführung eines Behälteridentsystems für die Rest-, Biomüll- und Altpapierentsorgung wird beschlossen. Gleichzeitig wird mit der Einführung des Behälteridentsystems die Zuständigkeit für die Gebührenveranlagung und die damit verbundenen Aufgaben von den kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede auf den Landkreis Ammerland übertragen, soweit die tatsächlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen sind.

**Zu TOP 25 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2022 sowie Entlastung der Betriebsleitung und Verwendung des Jahresgewinns gem. § 33 EigBetrVO i.V.m. § 3 Abs. 3 Nr. 4 der Betriebssatzung
Vorlage: BV/180/2023**

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Jahresabschluss 2022 mit den nachfolgend genannten Werten sowie der Lagebericht 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland werden als richtig anerkannt und festgestellt:

1. Bilanz zum 31.12.2022
Bilanzsumme:
22.006.279,39 EURO

2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2022
Ergebnis – Jahresgewinn 90.304,68 EURO

An den Haushalt des Landkreises Ammerland wird keine Eigenkapitalverzinsung.

Es wird beschlossen, den Jahresfehlbetrag des gebührenrechtlichen Teils in Höhe von 44.691,60 € aus der zweckgebundenen Rücklage für die Rekultivierung und Nachsorge zu entnehmen und den Jahresüberschuss des Betriebs gewerblicher Art (BgA) von 134.996,28 € ins Folgejahr vorzutragen und als Gewinnvortrag vorzutragen.

Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

**Zu TOP 26 Wirtschaftsplan 2024 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/137/2023**

Der Wirtschaftsplan 2024 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 27 Wirtschaftsplan 2024 des Betriebs gewerblicher Art (BgA) Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/138/2023

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 des BgA Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 28 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/154/2023

Das Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Ammerland für den Zeitraum 2023 bis 2027 wird einstimmig beschlossen.

(Haushalts- und Personalausschuss 23.11.2023)

Zu TOP 29 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2022; Erhöhung der Haushaltsmittel für Klimaschutzmaßnahmen
Vorlage: BV/120/2023

Es wird einstimmig beschlossen, die Klimaschutzmittel ab 2024 um 100.000 € (von 250.000 € auf 350.000 € jährlich) zu erhöhen.

Zu TOP 30 Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden bei der Finanzierung der Betriebskosten für die Kindertagesstätten
Vorlage: BV/175/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

Den kreisangehörigen Gemeinden wird im Haushaltsjahr 2024 für jeden zum 01.10.2022 beim Land Niedersachsen registrierten Kindertagesstättenplatz eine pauschale Förderung i. H. v. 900,00 Euro gewährt. Diese Förderung tritt an die Stelle der für das Haushaltsjahr 2023 beschlossenen Kreisumlagesenkung und wird verstetigt.

Die Pauschale wird beginnend mit dem Haushaltsjahr 2025 nach Maßgabe der jeweils erfolgenden Tarifanpassung im öffentlichen Dienst angehoben.

Die Feststellung der Anzahl der in den einzelnen Gemeinden jährlich zu fördernden Plätze erfolgt nach Maßgabe der im vorvergangenen Jahr zum Stichtag 1. Oktober beim Land Niedersachsen registrierten Betreuungsplätze in den Kindertagesstätten.

Für das Haushaltsjahr 2024 wird ein Betrag i. H. v. 4.787.100,00 Euro unter Produkt 36.5.000 (Tageseinrichtungen für Kinder) in das Budget des Jugendamtes eingeplant.

Zu TOP 31 Einführung eines Arbeitgeberzuschusses zum Jobticket für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Ammerland
Vorlage: BV/186/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

- a) Für die Nutzung von ÖPNV-Abo-Tickets erhalten Beschäftigte ab Januar 2024 im Rahmen der (tarif-)rechtlichen Möglichkeiten sowie unter Beachtung möglicher Jobticket-bezogener Vorgaben einen anteiligen Arbeitgeberzuschuss von bis zu 20,00 € monatlich.
- b) Für die Nutzung von ÖPNV-Abo-Tickets erhalten Beamtinnen und Beamte ab Januar 2024 im Rahmen der (beamten-)rechtlichen Möglichkeiten sowie unter Beachtung möglicher Jobticket-bezogener Vorgaben einen anteiligen Arbeitgeberzuschuss von bis zu 20,00 € monatlich.
- c) Zur Finanzierung des Arbeitgeberzuschusses für die angenommene Nutzeranzahl stellt der Kreistag ab dem Haushaltsjahr 2024 die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung.

Zu TOP 32 Anpassung der personalrechtlichen Befugnisse
Vorlage: BV/172/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

1. Der Kreistag beschließt über
 - a) den Stellenplan
 - b) die Angelegenheiten der Beamtinnen und Beamten ab Bes.Gr. A 14 NBesG
 - c) die Angelegenheiten der Beamtinnen und Beamten, die rechtlich ausschließlich der Obersten Dienstbehörde vorbehalten sind.
2. Die Landrätin bzw. der Landrat entscheidet über
 - a) die Angelegenheiten der Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 sowie der Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 2 bis zur Bes. Gr. A13 NBesG.
 - b) die Einstellung, Eingruppierung, Höhergruppierung und Entlassung von Beschäftigten

- c) sonstige personalrechtliche Angelegenheiten (z. B. Feststellung der Nichtigkeit von Ernennungen, Entlassung kraft Gesetzes oder durch Verwaltungsakt, Versetzung in den Ruhestand).

Die Landrätin bzw. der Landrat hat den Kreisausschuss über Einstellungen von Beschäftigten ab EGr. 10 TVöD und Ernennungen von Beamtinnen und Beamten ab Bes. Gr. A 10 NBesG im Nachgang zu informieren.

**Zu TOP 33 Satzung über die Entschädigung von Ehrenbeamtinnen und -beamten und sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen
Vorlage: BV/190/2023**

Die Neufassung der Satzung über die Entschädigung von Ehrenbeamtinnen und -beamten und sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 34 Haushaltsplan 2024 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024 einschl. Stellenplan b) Finanzplanung 2025 bis 2027
Vorlage: BV/188/2023**

EKR Kappelmann führt aus, dass die Haushaltsplanung des Landkreises Ammerland für das kommende Haushaltsjahr mit einem unerfreulichen planerischen Defizit von rd. 11 Mio. € abschließe. Anders als in früheren Jahren bestehe wenig Hoffnung, dass sich dieses Defizit im Laufe des Haushaltsjahres in einen Haushaltsausgleich oder sogar in einen Jahresüberschuss verwandeln werde. Um überhaupt auf ein solches Ergebnis zu kommen, habe das Amt für Finanzwesen schon im Rahmen der Mittelanmeldungen und der sich anschließenden Haushaltsgespräche mit den Fachämtern schmerzhaft Kürzungen und Reduzierungen bei den geplanten Ansätzen vorgenommen. Außerdem sei zu befürchten, dass die aktuelle Situation des Bundeshaushaltes und die kaum bessere Lage der Landesfinanzen keine - eigentlich dringend erforderliche - Zuweisung zusätzlicher Finanzmittel an die Kommunen erwarten lasse. Erschwerend komme hinzu, dass die Kreisverwaltung in vielen Bereichen überproportionale Aufwandssteigerungen erlebe.

EKR Kappelmann erläutert, dass der eingeplante Personalaufwand im nächsten Jahr gegenüber dem laufenden Jahr um mehr als 5 Mio. € ansteigen werde. Dies sei in erster Linie auf die bereits vorliegenden Tarifabschlüsse bei den tariflich Beschäftigten von rd. 11 % sowie den erwarteten Steigerungen bei der Beamtenbesoldung von 8 % zurückzuführen. Darüber hinaus mussten aber auch erhebliche Stellenmehrforderungen im Haushaltsplan abgebildet werden. Grund hierfür seien neben den zusätzlichen Arbeitsbelastungen der Kreisverwaltung, wie z. B. beim Bürgergeld, bei der Wohngeldanpassung, die sog. B.E.Ni-Gespräche (Bedarfsermittlung Niedersachsen) im Rahmen des BTHG, aber auch die erwarteten Zukunftsanforderungen in den Aufgabenbereichen Klimaschutz und Digitalisierung, auf die sich die Verwaltung vorbereiten müsse. Darüber hinaus habe der Kreistag in diesem Jahr die Entscheidung getroffen, sich erstmalig und auch dauerhaft an den Aufwendungen der Stadt Westerstede und der kreisangehörigen Gemeinden für die Kinderbetreuung zu beteiligen. Für das Haushaltsjahr 2024 wurden dafür nach der gefundenen Kompromisslösung mit den Gemeinden insgesamt 4,8 Mio. € eingeplant. Dieser Betrag werde

sich in den Folgejahren aufgrund der eintretenden Personalkostensteigerungen sowie der weiterhin zu erwartenden Ausweitungen von KiTa-Plätzen weiter erhöhen. Die Kostensteigerungen bei den Kita-Aufwendungen belastete die gemeindlichen Haushalte seit Jahren in zunehmendem Maße. Ein finanziell erheblicher Teil dieser Belastungen werde nunmehr auf den Kreishaushalt übertragen. Daher werde mit der vorliegenden Haushaltssatzung auch vorgeschlagen, die im laufenden Haushaltsjahr abgesenkte Kreisumlage wieder auf 34 % Punkte anzuheben.

Neben den beiden schon angesprochenen Aufwandsbereichen Personal und KiTa-Beteiligung, werde insbesondere auch der Bereich ÖPNV zukünftig in erheblichem Umfang für zusätzliche finanzielle Anforderungen an den Kreishaushalt sorgen, so EKR Kappelmann weiter. Ab dem Jahr 2024 werden die drei bestehenden Linienbündel neu ausgeschrieben werden müssen. Alle Fachleute würden erhebliche Kostensteigerungen erwarten. Neben den allgemeinen Kostensteigerungen seien hierfür u. a. die in den letzten Jahren vorgenommenen Angebotsausweitungen verantwortlich. Im kommenden Jahr werde es eine gemeinsame Aufgabe der Kreispolitik und der Kreisverwaltung sein müssen, sich nochmals intensiv mit den wesentlichen Aufwandspositionen bzw. Aufgaben des Landkreises zu beschäftigen, um für die zukünftige Entwicklung Einsparpotentiale zu ermitteln oder zumindest die ungebremsten Kostenanstiege in diesen Bereichen zu reduzieren. Die Politik werde gefordert sein, Prioritäten zu setzen und die Aufgabenfelder zu bestimmen, die aus ihrer Sicht für die Entwicklung des Landkreises wesentlich seien.

EKR Kappelmann führt weiter aus, dass für das Haushaltsjahr 2024 im Kreishaushalt Investitionsausgaben in einem Umfang von 41 Mio. € eingeplant worden seien. Neben dem Breitbandausbau werden insbesondere der Ausbau und die Sanierung der Technischen Zentrale sowie der Straßenbau die Schwerpunkte bilden. Da es im kommenden Jahr nicht gelingen werde, aus den laufenden Einnahmen eine Eigenfinanzierung für diese Investitionen zu erwirtschaften, werde der nicht durch Zuschüsse und Fördermittel gedeckte Finanzbedarf in Höhe von rd. 18,7 Mio. € aus der vorhandenen Liquidität des Landkreises gedeckt werden müssen. Eine Kreditaufnahme sei vorerst noch nicht erforderlich. Aufgrund der Daten aus der Finanzplanung werde aber deutlich, dass das Erfordernis, Kredite aufzunehmen, in den nächsten Jahren eintreten werde. Die Finanzplanung weise für alle Jahre bis 2027 Defizite im Ergebnishaushalt in einer Größenordnung von rd. 10 Mio. € aus. Es sei absehbar, dass bei anhaltend hohem Investitionsaufkommen die Liquidität des Landkreises relativ schnell erschöpft sein werde. In der Folge werde eine Prioritätensetzung auch bei den investiven Anforderungen der nächsten Jahre zwingend erforderlich, um die anstehenden finanziell aufwendigen Maßnahmen bewältigen zu können.

EKR Kappelmann gibt zu bedenken, dass es bei früheren Beratungen über die Haushalts- und Finanzsituation immer gelungen sei, sich bei allen politischen und inhaltlichen Differenzen am Ende der Diskussionen hinter einem gemeinsam getragenen Ergebnis zu versammeln. Dies war und sei wichtig, um nach außen ein starkes Signal zu senden. Es stimme ihn aber nachdenklich, dass das, was das Ammerland in der Vergangenheit stark gemacht habe, ein Stück weit verloren gegangen sei. Es sei zu wünschen, dass die Kreispolitik und die Kreisverwaltung wieder zu Entscheidungen komme, die von einer breiten Mehrheit getragen werden können. Die

letzten Wochen und Monate hätten gezeigt, dass hierfür mehr Kommunikation miteinander und untereinander erforderlich gewesen wäre. Das sei eine Aufgabe der Kreisverwaltung und man werde sich zukünftig bemühen, dieser Anforderung gerecht zu werden. Kommunikation könne aber nur funktionieren, wenn alle Seiten sie nutzen und ernst nehmen würden. EKR Kappelmann bittet darum, die Informations- und Kommunikationsangebote zu nutzen und bei bestehenden Fragen, Wünschen, aber natürlich auch bei Differenzen den Dialog oder auch den Diskurs zu suchen und zu führen.

EKR Kappelmann schließt seine Ausführungen damit, dass eine Haushaltssatzung mit einer Kreisumlage von 34 % Punkten vorgelegt werde. Er bittet darum, dieser Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan, dem Stellenplan sowie dem Investitionsprogramm zuzustimmen.

KA Brunßen dankt der Kreisverwaltung und dem Kreistag für die gute Zusammenarbeit und der gesamten Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit. Innerhalb des Kreistages gebe es keine Gruppenbildung und der Austausch untereinander sei stets gut gewesen. Durch die unterschiedlichen Fraktionen und den verschiedenen Akzenten könne man aber nicht in allen Bereichen gleicher Meinung sein und es würden nicht alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden können.

KA Brunßen übermittelt seine Weihnachtsgrüße und wünscht allen ein gutes, glückliches und gesundes neues Jahr 2024.

KA Brunßen führt sodann aus, dass in den letzten Jahren am Ende des Jahres immer positive Worte zum Haushalt gesprochen worden seien und dem Haushaltsplan sei in den meisten Jahren einstimmig zugestimmt worden. Für das Jahr 2023 sehe die Prognose anders aus. Es seien „dunkle Wolken“ weltweit und mittlerweile auch im Landkreis Ammerland zu sehen. Er führt die negativen wirtschaftlichen Entwicklungen auf und weist darauf hin, dass durch die Arbeit der Bundesregierung negative Auswirkungen auch im Ammerland erkennbar seien.

KA Brunßen macht deutlich, dass die CDU-Fraktion die meisten Investitionen wie z. B. den Glasfaserausbau, die Sanierung der Straßen und Radwege, den Neubau der Technischen Zentrale und Klimaschutzmaßnahmen ausdrücklich unterstützen werde. Viele Maßnahmen habe die CDU-Fraktion beantragt und begleitet. Ein Problem werde im Ergebnishaushalt gesehen, der in diesem Jahr ein Rekord-Defizit ausweise. In der Folge sei ein Stellenzuwachs von über 5 % nicht nachvollziehbar. In den letzten zehn Jahren habe man 27 % Stellenzuwachs in der Kreisverwaltung gehabt. Ein Stellenzuwachs für das Jahr 2024 werde seitens der CDU-Fraktion als völlig falsches Signal und als völlig falsche Entscheidung gesehen. Es sei zu befürchten, dass Ende 2024 über eine Erhöhung der Kreisumlage nachgedacht werden müsse, um dem Defizit entgegenzuwirken. Dadurch seien die kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Westerstede gezwungen, die Grund- und Gewerbesteuern zu erhöhen. Am Ende würden den Bürgerinnen und Bürger Mehrkosten aufgelastet. Höhere Steuern würden für den Wirtschaftsstandort Ammerland kein gutes Signal bedeuten. Der Stellenzuwachs für die Kreisverwaltung sei damit begründet worden, dass andere Landkreise im Oldenburger Land mehr Stellen ausgewiesen hätten. Seiner Meinung nach

hätten andere Landkreise andere Aufgaben, für die mehr Personal benötigt werde. Er geht auf Kennziffern ein und weist darauf hin, dass die Landkreise Cloppenburg und Vechta nur einen Stellenzuwachs von 2 % hätten. Der Landkreis Oldenburg habe lediglich eine Stelle mehr ausgewiesen und der Landkreis Wesermarsch habe einen Stellenzuwachs von 3,6 %.

KA Brunßen macht nochmal deutlich, dass die CDU-Fraktion vielen Ausgaben im investiven Haushalt zustimme. Er weist darauf hin, dass während der Klausurtagung unter Teilnahme von Landrätin Harms und EKR Kappelmann die Bedenken deutlich zum Ausdruck gebracht worden seien. Es sei darauf hingewiesen worden, dass man mit dem Stellenzuwachs von 27 neuen Stellen nicht einverstanden sei. Es habe bis zur heutigen Sitzung keinen Ansatz eines Entgegenkommens seitens der Kreisverwaltung gegeben. Die CDU-Fraktion werde daher den Haushalt 2024 ablehnen und dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

KA Erhardt findet es schockierend, dass die größte Kreistagsfraktion dem Haushalt nicht zustimmen und ablehnen wolle. Seiner Meinung habe es eine Ablehnung des Haushaltes in den vergangenen Jahren noch nicht gegeben. Er geht auf die Ausführungen von EKR Kappelmann ein, der deutlich gemacht habe, wo es zu Mehrausgaben durch mehr Aufgaben gekommen sei. Des Weiteren habe EKR Kappelmann von Kommunikationsproblemen gesprochen, an die angeknüpft werden müsse und man wieder mehr miteinander sprechen solle. In den Vorjahren sei man überwiegend den Ammerländer Weg gegangen, den man nunmehr verlassen habe.

KA Erhardt bestätigt, dass die Fraktion B90/Die Grünen dem Haushaltsplan einschließlich Stellenplan 2024 zustimmen werde. Ltd. KVD Denker habe in der Sitzung des Haushalts- und Personalausschuss deutlich gemacht, warum der Stellenzuwachs benötigt werde. Unter anderem seien Aufgaben von Bund und Land übertragen worden, die bearbeitet werden müssen und vom Bestandspersonal der Kreisverwaltung nicht mehr geleistet werden können. Seine Fraktion hätte sich für den Bereich Naturschutz und Raumplanung noch weitere zusätzliche Stellen gewünscht, weil in der Bearbeitung ein Stau entstanden sei. Im letzten Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt sei mitgeteilt worden, dass für die Erstellung einer Naturschutzgebietsverordnung ein Jahr benötigt werde, bevor diese auf den Weg gebracht werden könne.

KA Erhardt führt weiter aus, dass die Fraktion B90/Die Grünen auch Positives im Haushalt 2024 sehe. Er weist dabei auf Klimaschutzmaßnahmen und nicht rentierliche Maßnahmen hin, wie z. B. Investitionen in Hochmoorschutz. Es sei zu hoffen, dass trotz der angespannten Lage, die auch in den nächsten Jahren zu erwarten sei, in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden könne.

KA Oeltjen bestätigt, dass „dunkle Wolken“ zu sehen seien. Das Ammerland befinde sich noch auf einer „positiven Insel“. Er erinnert an den Haushalt 2023, der in der Sitzung des Kreistages in Dezember 2022 verabschiedet worden sei. Der Haushalt habe seinerzeit einen Verlust in Höhe von rd. 7 Mio. Euro beinhaltet und am Ende sei ein Plus in Höhe von 2 Mio. Euro ausgewiesen worden. Das werde für den Haushalt 2024 nicht erwartet. Dennoch könne noch mit einigen Zuwendungen durch Mehreinnahmen gerechnet werden.

KA Oeltjen geht im Weiteren auf anstehende Investitionen ein, die für den Landkreis Ammerland wichtig seien. Ein weiterer Faktor sei die Aufstellung mit Personal. Im Haushalts- und Personalausschuss und im Kreisausschuss sei über die Stellenplanung gesprochen worden. Seit Sommer diesen Jahres habe die Kreisverwaltung auf einen erhöhten Stellenbedarf aufmerksam gemacht, mit dem man sich beschäftigt habe. Die SPD-Fraktion sei zu dem Entschluss gekommen, dass der Stellenzuwachs nötig sei und man damit positiv umgehen müsse. Es habe eine große Bevölkerungsentwicklung gegeben und die Mehrung in der Bevölkerung müsse verwaltet werden, wofür wiederum mehr Personal benötigt werde. Bund und Land würden Aufgaben auf die kommunalen Träger übertragen, die zum Teil und bis zu einem gewissen Zeitpunkt refinanziert werden, aber permanent abgearbeitet werden müssen. Bei den Stellenanforderungen müssten zwei Aspekte berücksichtigt werden. Insbesondere müsse über die Stellenplanung gesprochen werden, die aber für 2024 beschlossen werden müsse. Die Stellen müssten geschaffen werden, weil man einen gewissen Service von der Kreisverwaltung erwarte. Durch die Flüchtlingskrise und insbesondere durch die Corona-Pandemie hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Aufgaben zu bearbeiten gehabt. Des Weiteren verursache der seit zwei Jahren andauernde Ukraine-Krieg Mehrarbeit, der durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung souverän und mit viel Engagement bearbeitet werde. Insgesamt stehe die Kreisverwaltung seit 2015 unter Dauerstress, der durch die anstehende Energiekrise nicht weniger werde. Des Weiteren würden Land und Bund Aufgaben zum Teil kurzfristig beschließen und an die Kommunen übertragen. Unter Berücksichtigung der vielfältigen Aufgaben müsse man erkennen, dass der Bedarf an mehr Personal nötig sei, weil die Belastungsgrenze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung erreicht sei.

KA Oeltjen weist darauf hin, dass von den 27 angeforderten Stellen 7 Stellen aus dem übertragenen Aufgabenbereich durch Bund und Land entstehen würden und von dort finanziert werden. In anderen Bereichen müsse durch höhere Fallzahlen mehr Arbeit bewältigt werden. Man müsse die Belastung und Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vordergrund stellen und versuchen, eine Entlastung herbeizuführen. Er weist auf die im Haushaltsplan aufgeführten zehn KW-Stellen hin, die für befristete Aufgaben besetzt seien und nach dem Wegfall der Aufgaben auch die Stellen wieder wegfallen werden. Des Weiteren müsse der Fachkräftemangel berücksichtigt werden. Fachkräfte könne man nur gewinnen, wenn der Arbeitgeber attraktive Stellen anbiete. Unter Berücksichtigung aller Aspekte werde die SPD-Fraktion dem Haushalt und dem Stellenplan zustimmen.

KA Orth führt aus, dass der Kreistag die Komfortzone verlassen habe. Man habe gute und erfolgreiche Jahre gehabt. Die Zeiten hätten sich insbesondere durch die Flüchtlingssituation und aktuell durch die Energiekrise verändert, die nicht zu beeinflussen seien. Trotzdem sei man noch in der Lage, viele Aufgaben abzuarbeiten und neue Aufgaben zu beraten und auf den Weg zu bringen. Man müsse sich bewusst sein, dass es sich um einen gemeinsamen Haushalt von Kreistag und Kreisverwaltung handle. Er weist auf die Ausführungen von EKR Kappelmann hin. Die UWG-Fraktion sei mit der Arbeit der Kämmerer sehr zufrieden, die mit vorsichtiger kaufmännischer Art kalkulieren würden. Aufgaben wie z. B. der Breitbandausbau, die Sanierung von Straßen und Radwegen etc. müssten ausgeführt und abgearbeitet werden. Über den Stellenplan sei bereits Ende August gesprochen worden und es sei

durch die Kreisverwaltung angekündigt worden, dass mehr Stellen als in den anderen Jahren geschaffen werden sollen. Die Anforderungen für die Kreisverwaltung seien gewachsen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien zum großen Teil mit der Arbeitsbewältigung überfordert. Es gebe keine Begründung, dem Stellenplan und dem Haushalt nicht zuzustimmen. Ob die Stellen alle besetzt werden können, bleibe abzuwarten. Die UWG-Fraktion werde als Zeichen für das Personal und im Vertrauen in die Kreisverwaltung dem Stellenplan und dem Haushalt zustimmen.

KA Orth merkt an, dass er Verständnis gehabt hätte, wenn Fraktionen sich bei der Abstimmung enthalten würden. Den Beschlussvorschlag abzulehnen sehe er mit Blick auf die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren als nicht zielführend und nicht sachgerecht.

KA Herr Bruns dankt für die Ausarbeitung des Haushaltsplanes und des Stellenplanes. Er geht auf die Finanzen ein und führt aus, dass die im Investitionsplan eingeplanten Projekte den Landkreis nach vorne bringen werden. Insbesondere der Neubau der Technischen Zentrale sehe er als gute Investition für die Zukunft der Feuerwehr. Die Maßnahmen für den Klimaschutz seien ebenfalls wichtig für die Zukunft und werden von der FDP-Fraktion unterstützt. Die Installation einer Ampel an der Kreuzung in Borbeck, an der aktuell wieder ein Unfall passiert sei, sei eine richtige Investition, um einen Unfallschwerpunkt zu entschärfen und sicherer zu gestalten.

KA Herr Bruns geht im Weiteren auf den Neubau der Förderschule G ein, für die auf jeden Fall weitere Beratungen und Fachausschusssitzungen nötig seien. Laut der Aussage von EKR Kappelmann müsse man Einsparungen vornehmen und ggf. Einnahmen erhöhen. Die Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027 mache deutlich, dass noch viele Projekte und Aufgaben bewältigt werden müssen. Man müsse vor allem frühzeitig und gemeinsam kommunizieren, um in die richtige Richtung kommen zu können. Die FDP-Fraktion könne dem Haushalt 2024 zustimmen.

KA Herr Bruns geht im Weiteren auf den Stellenplan ein. Die Erhöhung der Stellen sei in der FDP-Fraktion kontrovers diskutiert worden. Es sei Aufgabe von allen, neben den üblichen Ausgaben auch die Ausgaben für das Personal kritisch zu hinterfragen. Die FDP setze sich generell für die Entbürokratisierung und für eine möglichst „schlanke“ Verwaltung ein. Es sei aber eine wichtige Aufgabe, mit dem Stellenplan Entlastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zu schaffen, damit weiterhin zügig, fehlerfrei und rechtskonform gearbeitet werden könne. Der Aufgabenumfang steige sukzessiv an und entsprechend steige die Arbeitsbelastung der Kreisverwaltung. Die FDP-Fraktion vertraue den Begründungen der Verwaltung und wolle mit der Zustimmung zum Stellenplan ein wertschätzendes Signal für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung setzen. Insofern werde die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag uneingeschränkt zustimmen.

KA Herr Bruns führt weiter aus, dass ihn seit einiger Zeit die immer schneller werdenden Veränderungen bewege. Viele Entscheidungen würden in Frage gestellt werden. Als Beispiel führt er den Stromtrassenausbau durch Wälder, die Windenergie, den Torfabbau und Photovoltaik-Anlagen auf Flächen an, die vor Jahren abgelehnt wurden und mittlerweile befürwortet und geplant werden. Auch Moorflächen würden überplanbar sein. Des Weiteren werde der ÖPNV den Landkreis vor große Herausforderungen stellen.

Er bedankt sich abschließend bei der Landrätin, der Kreisverwaltung und den Mitgliedern des Kreistages und insbesondere auch der CDU-Fraktion für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er wünscht frohe Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2024.

KA Lukoschus blickt auf das Jahr 2023 zurück. Die Welt sei nicht mehr in Ordnung und die Bürgerinnen und Bürger würden mit Sorge in die Zukunft schauen, weil niemand wisse, wie es weitergehe und was für Probleme und Krisen auf uns zukommen. Der Kreistag und die Gemeinden/die Stadt haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, den Bürgerinnen und Bürgern die Sorgen zu nehmen. Aufgrund der Aussagen des Bundes sei es nicht verwunderlich, dass die Menschen verunsichert seien. Die Kommunalpolitik wisse auch nicht immer, was richtig und falsch sei und wie richtige Entscheidungen getroffen werden können. Der Landkreis sei Dank der Kreisverwaltung und der Arbeit des Kreistages immer noch auf einem guten Weg und es könne weiterhin in Projekte wie z. B. die Erweiterung der Ammerland-Klinik, den Schulen, Kindertagesstätten und den ÖPNV investiert werden. Er merkt an, dass die Investition in den ÖPNV dem Klimaschutz zugute komme.

KA Lukoschus führt zu den Investitionen in den Klimaschutz aus, dass der Arbeitskreis Klimaschutz sich sehr konstruktiv mit dem Thema auseinandersetze und Projekte im Rahmen der Möglichkeiten voranbringe. Den Ämtern und Dezernaten der Kreisverwaltung, insbesondere dem Sozial- und Bauamt, müsse für die im Rahmen der Möglichkeiten geleistete Arbeit Dank ausgesprochen werden. Die Fraktion Wir Ammerländer werde dem Haushalt zustimmen. Alle dort aufgeführten Maßnahmen seien im Kreistag beschlossen und auf den Weg gebracht worden. Der Stellenplan werde kritisch gesehen. Es sei aber durch die Kreisverwaltung deutlich gemacht worden, dass die Stellen aufgrund der zusätzlichen Aufgaben und der Überlastung des Personals dringend benötigt werden.

KA Lukoschus dankt abschließend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung und der Behördenleitung für die sehr gute und transparente Arbeit. Des Weiteren dankt er den Fraktionen für die Unterstützung und Zusammenarbeit. Er wünscht frohe Weihnachten und ein frohes neues Jahr.

KA Schmidt hält den Redebeitrag von KA Herrn Bruns für bemerkenswert und gut. Das Ergebnis zum Haushalt sei für die AfD-Fraktion traurig. Es sei aber wenig Handlungsspielraum vorhanden und man müsse in den Fachausschüssen dahingehend beraten, dass nach Möglichkeit gespart werde und die Finanzmittel zusammengehalten werden. Seiner Meinung nach dürfe aber nicht beim Personal gespart werden. Auf die Verwaltung seien große Herausforderungen zugekommen und zukünftig sei mit weiteren Herausforderungen zu rechnen. Des Weiteren habe man hohe Ansprüche an die Verwaltung, die ihren Aufgaben immer gerecht geworden sei und gute Arbeit geleistet habe, die honoriert werden müsse. Die Kreisverwaltung müsse Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Ammerland treffen. Bei einer permanenten Arbeitsüberlastung werde dies kaum noch möglich sein. Der Kreistag müsse seiner Meinung nach hinter dem Personal der Kreisverwaltung stehen und mit den zusätzlichen Stellen könne ein Zeichen gesetzt werden. Die AfD-Fraktion werde dem Haushalt und dem Stellenplan uneingeschränkt zustimmen.

KA Nacke merkt an, dass die CDU-Fraktion es sich mit der Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Der Haushalts- und Personalausschuss habe in seiner Sitzung den Haushalt und den Stellenplan ausführlich beraten. Die Haushaltsberatungen würden sowohl in den Gemeinden als auch bei Land und Bund immer nach dem gleichen Muster abgearbeitet. Die Organisations- und Fachämter würden die Aufgaben zusammentragen und würden Mittel und Stellen anfordern, die am Ende in den Dezernten zusammengeführt werden. Danach sei es Aufgabe der Kämmerei und der Personalabteilung eine Entscheidung herbeizuführen. Seitens der CDU-Fraktion sei der Eindruck entstanden, dass die Stellenanforderungen nicht in hinreichendem Maße geprüft worden seien. In den letzten Jahren seien maximal 14 Stellen pro Jahr angefordert worden. Auch in den krisenreichen Jahren habe man nur 12 zusätzliche Stellen benötigt. Für 2024 würden aber mehr als doppelt so viele Stellen benötigt, für die die Begründungen nicht zufriedenstellend und nachzuvollziehen seien. Man könne von ehrenamtlich tätigen Kreistagskollegen nicht erwarten, abzuwägen, welche Stellen nicht benötigt werden und gestrichen werden können. Dies sei Aufgabe der Verwaltung und der Kreistag könne nur Anhaltspunkte geben. Die Argumentation, dass andere Landkreise deutlich mehr Personal vorhalten würden, könne nicht als Argument geltend gemacht werden. Des Weiteren habe er auf die Frage, welche Aufgaben von Bund und Land zusätzlich aufgetragen worden seien, seitens der Kreisverwaltung keine Antwort erhalten. Im Haushalts- und Personalausschuss sei lediglich beispielhaft vorgetragen worden. Er macht deutlich, dass die benachbarten Landkreise keinen Stellenzuwachs zu verzeichnen hätten. Die Kreisverwaltung habe des Weiteren die Flexibilisierung als Argument der Stellenmehrung genannt, was aber nicht hinreichend begründet worden sei.

KA Nacke fasst zusammen, dass ohne eine hinreichende Begründung der vorgeannten Argumente für die zusätzlichen Stellen und dem bekannten Haushaltsdefizit, das eine Erhöhung der Kreisumlage mit sich bringen werde, sich die CDU-Fraktion entschieden habe, sich dem Beschlussvorschlag zu enthalten. Eine Erhöhung der Kreisumlage sei kein fairer Umgang mit den Gemeinden und der Stadt Westerstede und sei nicht zu verantworten. Die CDU-Fraktion habe im Haushalts- und Personalausschuss sehr deutlich darum gebeten, den Stellenplan nochmal kritisch zu prüfen und zu überdenken, ob wirklich so viele neue Stellen nötig seien. Es habe aber eine Mehrheit für den Stellenplan gegeben und damit habe der Wunsch der CDU-Fraktion keine Berücksichtigung gefunden und es habe nicht die Bemühungen gegeben, auf Ammerländer Art zu handeln, um eine gemeinsame Lösung zu finden. In der Folge müssen die Fraktionen die Verantwortung übernehmen und die CDU-Fraktion werde den Haushalt ablehnen.

LR'in Harms führt aus, dass sie sich über die Zustimmung von den meisten Fraktionen zum Haushalt und zum Stellenplan freue. Als Landrätin sei sie sich sehr wohl bewusst, wie herausfordernd das Haushaltsdefizit und die Stellenmehrung in diesem Umfang sei. Aus diesem Grunde sei das Thema frühzeitig mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen worden. Aus den verschiedenen Ämtern der Kreisverwaltung seien von den Führungskräften Stellenanforderungen an die Behördenleitung gegeben worden für die Bearbeitung von verantwortungsvollen und zum großen Teil zusätzlichen Aufgaben. Die Stellenanforderungen seien wie in den vergangenen Jahren restriktiv geprüft worden. Das Ergebnis sei eine Stellenanforderung von 27 zusätzlichen Stellen, die auch benötigt werden. Sie weist darauf hin, dass der Stellen-

bestand des Landkreises Ammerland im Vergleich zu anderen Landkreisen deutlich im unteren Drittel bei der Personalausstattung liege, aber dies nicht der Grund für die hohe Stellenanforderung sei.

LR'in Harms macht deutlich, dass die Kreisverwaltung eine hohe Dienstleistungsqualität habe, die aufrecht erhalten werden solle. Es gebe steigende Fallzahlen in den Sozialbereichen und im Ordnungsamt im Ausländerbereich. Des Weiteren gebe es komplexere gesetzliche Regelungen des Bundes- und Landesgesetzgebers wie z. B. kurze Umsetzungsfristen beim Bürgergeld, detaillierte einzuhaltende Bearbeitungsschlüssel, zum Teil chaotische Regelungen zur Umsetzung der Digitalisierung und ausgeprägte Arbeitnehmerrechte sowie Veränderungen im Arbeitnehmergehalten. Viele Aufgaben wie z. B. für den Klimaschutz und Moorrenaturierungen würden nicht ausgeführt werden können, weil nicht genügend Personal vorgehalten werden könne.

LR'in Harms erinnert daran, dass im Haushalts- und Personalausschuss deutlich gemacht worden sei, dass es für verschiedene Stellen eine Refinanzierung gebe. Als Beispiel führt LR'in Harms auf, dass das Sozialamt Mittel für die Umsetzung des BTHG erhalte, das Umweltamt über das NKlimaG zwei Klimamanager finanziert bekomme, das im Gesundheitsamt durch den Pakt ÖGD eine weitere Stelle finanziert werde und in verschiedenen Ämtern für Verwaltungsleistungen Gebühren erhoben würden. Die Corona-Krise und die Flüchtlingskrise belaste das Personal zusätzlich. Dennoch habe man die Arbeitsbelastung gut und korrekt ausgeführt. Dadurch sei das vorhandene Personal aber an Grenzen gekommen und sei mit der Bearbeitung der vielfältigen Aufgaben überlastet und es würden Überlastungsanzeigen vorliegen. LR'in Harms macht deutlich, dass mit zu wenig Personal wichtige Aufgaben nicht angegangen werden können. Mehrmals sei dies bereits im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt Thema gewesen. Folglich müssen mehr externe Aufträge vergeben werden und Fördergelder könnten verloren gehen. Des Weiteren sehe sie Fachkräfte als das größte Kapital für den Landkreis Ammerland. Durch Überlastungen am Arbeitsplatz würden Beschäftigte die Kreisverwaltung verlassen und seien endgültig verloren. Neue Fachkräfte zu gewinnen sei schwierig und insofern müsse darauf geachtet werden, dass die Aufgaben so verteilt werden, dass sie geschultert werden können. Daher müsse zu diesem Zeitpunkt investiert werden, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen und Fachkräfte gewinnen zu können. Die Fluktuation sei auch bei der Kreisverwaltung wahrzunehmen und die Beschaffung geeigneter Fachkräfte werde immer schwieriger und die damit verbundene Einarbeitung gehe wieder zu Lasten des vorhandenen Personals. Die Position der CDU-Fraktion führe in der Konsequenz zu einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und zu einer geringeren Servicequalität.

LR'in Harms macht deutlich, dass der Wunsch der CDU-Fraktion durchaus ernst genommen worden sei und man sei die Stellenanforderungen nochmal kritisch durchgegangen. Sie macht deutlich, dass es in den verschiedenen Bereichen Auswirkungen geben werde, wenn nicht zusätzliche Stellen geschaffen werden. Bei dem vorgelegten Stellenplan handele es sich um Stellen, die wirklich benötigt werden und auch entsprechend im Einzelnen begründet worden seien. Die Kreisverwaltung müsse sich zu diesem Zeitpunkt gut aufstellen, um auch in der Zukunft eine funktionierende Verwaltung zu haben. Die Arbeit der Kreisverwaltung werde viel gelobt und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kreishauses ein gutes Signal, diesen Be-

schluss möglichst einstimmig oder aber zumindest mit großer Mehrheit zu treffen. An dieser Stelle gebe es hier und jetzt die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen, indem dem Haushalt und dem Stellenplan zugestimmt werde.

KA Brunßen fragt nach, wie LR'in Harms zur Kreisumlage stehe und ob diese im kommenden Jahr bzw. im Jahr 2025 erhöht werden solle.

LR'in Harms weist darauf hin, dass die Entscheidung zur Kreisumlage der Kreistag treffen müsse. Die Entwicklung der Haushaltslage müsse abgewartet werden. Sie halte eine Erhöhung der Kreisumlage für eher akzeptabel, als eine schlechte Kritik über nicht geleistete Arbeit in der Kreisverwaltung, weil nicht genügend Personal für die Bearbeitung der vielfältigen Aufgaben vorhanden sei. Eine Entscheidung über die Erhöhung der Kreisumlage müsse auf der Basis der dann zur Debatte stehenden Haushaltslage gefällt werden.

Es wird bei 25 Ja-Stimmen und 15 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen:

zu a)

Die Haushaltssatzung 2024 einschließlich Haushaltsplan Stellenplan und Investitionsprogramm wird beschlossen.

zu b)

Die Finanzplanung 2025 bis 2027 wird beschlossen.

(Betriebsausschuss Eigenbetrieb Immobilienbetreuung 06.12.2023)

Zu TOP 35 Aufnahme und Umschuldung von Krediten im Haushaltsjahr 2024

Vorlage: BV/196/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

Auf Grundlage der Richtlinie für Finanzgeschäfte (Ziffer 2.1. der Richtlinie) wird die Landrätin ermächtigt, den Darlehensbedarf im Rahmen des Wirtschaftsplanes wie folgt mit Abschluss von Darlehensverträgen zu realisieren:

Zinsfestsetzung:

Über 15 Jahre bis zu über 25 Jahren (Gesamtlaufzeit) mit einem Höchstzinssatz von 5 % und einem Tilgungssatz von mindestens 2 %.

Zinsfestsetzung:

Bis zu 15 Jahren mit einem Höchstzinssatz von 4,5 % und einem Tilgungssatz von mindestens 2 %.

Zu TOP 36 Wirtschaftsplan 2024 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung

Vorlage: BV/197/2023

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Wirtschaftsplan 2024 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung wird beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2024 werden keine Liquiditätskredite beansprucht. Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre werden nicht veranschlagt.

Zu TOP 37 Mitteilungen der Landrätin

- a) LR'in Harms teilt mit, dass die Vorplanungen für den Neubau der Ammerland-Klinik abgeschlossen seien und am 10. Januar 2024 der Antrag auf Förderung eingereicht werde.
- b) LR'in Harms teilt mit, dass KA Kramer 70 Jahre alt geworden sei. Von den ehemaligen Kreistagsabgeordneten sei Herr Jörg Weden 80 Jahre alt geworden.

Zu TOP 38 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 39 Einwohnerfragestunde

Herr Andreas Hinrichs, Gründer des „Projekt Handycap 2020“, weist auf die massiven Probleme in Bezug auf die Integration im Landkreis Ammerland hin. Er führt aus, dass am 3. Dezember 2023 der „Tag der Menschen mit Handycaps“ stattgefunden habe. Seiner Meinung fehle im Ammerland das Verständnis für Menschen mit Behinderungen und es werde zu wenig für diese Menschen getan. Er appelliert an die Kreistagsmitglieder über das Thema Inklusion nachzudenken und mehr dafür zu tun. Er fragt nach, wie die Inklusion im Landkreis Ammerland und insbesondere in Betrieben vorangetrieben werden solle.

LR'in Harms führt aus, dass allen Anwesenden die Menschen mit Behinderungen sehr am Herzen liegen und das alles für diese Menschen getan werde, was möglich sei. Der Landkreis stehe im Austausch mit dem Behindertenbeirat. Des Weiteren habe er selber einen Termin mit dem Sozialdezernenten vereinbart, um diese Themen zu beraten. Sie sehe nicht, dass für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Ammerland zu wenig getan werde.

Herr Hinrichs weist darauf hin, dass er eine größere Veranstaltung für Menschen mit Behinderungen plane. Er bittet Landrätin Harms und die Mitglieder des Kreistages darüber nachzudenken, was zukünftig für Menschen mit Behinderungen getan werden könne.

Zu TOP 40 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Bohmann schließt die öffentliche Sitzung.